

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 12

vom 23. März 2012
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Sozialbehörde passt Miethöchstwerte zum April an.....	2
Plädoyer für die doppelte Staatsbürgerschaft	3
Equal Pay Day schafft Bewusstsein für Lohngefälle	5

Gesundheit und Verbraucherschutz

Sind Lebensversicherungen noch zeitgemäß?	7
---	---

Inneres

Koranverteilung soll „Ungläubige“ zum Islam bekehren	9
--	---

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulsenator Rabe: Abitur soll fair, gerecht und qualitativ hoch wertig sein.....	11
„Zukunftslotsen Hamburg-Harburg“ werden Preisträger des bundesweiten Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“	15

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Neuer Sozialmonitoring-Bericht veröffentlicht Erste positive Entwicklungstendenzen erkennbar	17
--	----

Kultur

Kulturbehörde und Hamburg Kreativ Gesellschaft stellen ersten Kreativwirtschaftsbericht vor	19
Hintergrundinformationen zum Kreativwirtschaftsbericht	21
Kulturbehörde und Reeperbahn Festival in der Hamburger Landesvertretung.....	24
Erstes Bausymposium zum Gängeviertel	25

20. März 2012/basfi20

Sozialbehörde passt Miethöchstwerte zum April an

Die neuen Miethöchstwerte orientieren sich am aktuellen Mietenspiegel 2011

Zum 1. April 2012 treten neue Miethöchstwerte für AsylbewerberInnen, Sozialhilfe- und Hartz-IV-EmpfängerInnen in Kraft. Die Höchstwerte der Kosten der Unterkunft werden an den aktuellen Mietenspiegel 2011 angepasst. Damit stellt die Sozialbehörde sicher, dass auf dem zunehmend teurer werdenden Wohnungsmarkt in Hamburg bedürftige Menschen (nach den Sozialgesetzbüchern II und XII sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) nicht benachteiligt sind. Durch die Anpassung der Miethöchstwerte erweitert sich zudem das Angebot an potenziell verfügbarem Wohnraum für diese LeistungsempfängerInnen erheblich.

„Menschen, die Sozialleistungen beziehen, brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in Hamburg. Nachdem der Vorgängersenat die Miethöchstwerte über drei Jahre lang nicht angepasst hat, wird es höchste Zeit, dass wir das jetzt nachholen“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**.

Auf Anweisung der Sozialbehörde passen zurzeit alle Grundsicherungs- und Sozialdienststellen sowie das jobcenter team.arbeit.hamburg die Miethöchstwerte für AsylbewerberInnen, Sozialhilfe- und Hartz-IV-EmpfängerInnen an den Mietenspiegel 2011 an. Für Neuvertragsmieten bedeutet diese Anpassung, dass Leistungsempfängern künftig potenziell ca. 8.900 Wohnungen (max. 41 Quadratmeter) mehr zur Verfügung stehen. Bei Wohnungen mit einer Fläche zwischen 41 und 60 Quadratmetern sind es potenziell 22.400 Wohnungen mehr.

Hintergrundinformationen

Derzeit übernimmt die Hamburger Sozialbehörde für rund 220.000 Sozialhilfe- und Hartz-IV-EmpfängerInnen sowie für ca. 3000 AsylbewerberInnen die Kosten für Miete und Heizung. Das entspricht rund 134.000 Haushalten. Die Aufwendungen hierfür beliefen im Jahr 2011 auf rund 600 Millionen Euro. Künftig wird es im Gegensatz zur bisherigen Regelung einheitliche Höchstwerte für jede Haushaltsgröße geben. Die Aufteilung nach Baualtersklassen entfällt. Zuletzt wurden die Miethöchstwerte im Jahr 2009 an den Mietenspiegel 2007 angepasst. Die neuen Höchstwerte zu den Kosten der Unterkunft stehen ab April unter www.hamburg.de/infoline im Internet zur Verfügung.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Nicole Serocka
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

21. März 2012/basfi21

Plädoyer für die doppelte Staatsbürgerschaft

Scheele positioniert sich auf der 7. Integrationsministerkonferenz im Saarland

Am heutigen Mittwoch reist Integrationssenator Detlef Scheele zur zweitägigen 7. Integrationsministerkonferenz ins Saarland. Dort wird er sich gemeinsam mit den anderen SPD-Ländern vor allem dafür einsetzen, dass Kinder ausländischer oder binationaler Eltern auch als Erwachsene ihre doppelte Staatsbürgerschaft behalten dürfen. Die so genannte Optionspflicht, nach der sich Migrantinnen und Migranten spätestens ab dem 23. Lebensjahr entscheiden müssen, ob sie Deutsche bleiben wollen oder nicht, soll abgeschafft werden.

„Aus integrationspolitischer Sicht ist die Optionspflicht paradox, weil sie junge Migrantinnen und Migranten dazu zwingt, sich gegen einen Teil ihrer Identität zu entscheiden, der fest zu ihnen gehört. Wer mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hat und in Deutschland als Deutscher aufgewachsen ist, soll ohne Bedingungen deutsch bleiben können“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Deshalb appelliere ich an die Bundeskanzlerin, ihre wirklichkeitsfremde Position zur doppelten Staatsbürgerschaft überdenken und die Mehrstaatlichkeit endlich zuzulassen.“

In Hamburg werden zurzeit über 60 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner eingebürgert, wobei die Mehrstaatlichkeit hingenommen wird. Denn die Praxis hat gezeigt, dass die Optionspflicht mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist. Ziel muss es deshalb sein, den in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit das klare Signal zu geben, dass sie auf Dauer als gleichberechtigte deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger willkommen sind.

Außerdem liegt dem Senator sehr viel daran, dass minderjährige unbegleitete Flüchtlinge künftig nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wie gleichaltrige Kinder auch bundesweit vom Bildungs- und Teilhabepaket der Länder profitieren können. Zentraler Tagesordnungspunkt der Konferenz wird im Rahmen der Antragsberatung die Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen sein - ein Leitantrag des Saarlandes und Nordrhein-Westfalens mit der Überschrift „Potentiale nutzen – Integration fördern – Fachkräfte sichern.“

Hintergrundinformationen

Die Integrationsministerkonferenz ist ein Gremium der freiwilligen Zusammenarbeit der Bundesländer auf dem Gebiet der Integration. Sie berät und beschließt über grundsätzliche und länderübergreifende Angelegenheiten der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Mitglieder der IntMK sind die für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder. Die Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder koordiniert seit 2007 die Integrationspolitik der Länder und fördert den Austausch von Informationen und Erfahrungen. Der Vorsitz der Konferenz wechselt jeweils zum 1. Oktober des Jahres in alphabetischer Reihenfolge.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Nicole Serocka
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

22. März 2012/basfi/jb22

Equal Pay Day schafft Bewusstsein für Lohngefälle

Senat setzt sich für berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern ein

In Hamburg und anderen Städten weltweit findet am morgigen Freitag der „Equal Pay Day“ statt – ein internationaler Aktionstag, mit dem das Bewusstsein für das geschlechtsspezifische Lohngefälle geschärft werden soll. Denn nach wie vor klafft die Lohnschere für Männer und Frauen weit auseinander: Im bundesweiten Durchschnitt verdienen Frauen immer noch 23 Prozent weniger als Männer. Hamburgerinnen geht es mit einer Geschlechterlohnlücke (Gender Pay Gap) von rund 19 Prozent nur geringfügig besser. Die Lohnschere hat Auswirkungen auf das gesamte Leben von Frauen: Aufgrund der niedrigeren Löhne verfügen Frauen über geringere Kaufkraft, erwirtschaften weniger Vermögen und beziehen niedrigere Renten. Das führt wiederum zu einem erhöhten Armutsrisiko für Frauen und einer enormen Belastung der Sozialkassen.

„Dass hervorragend ausgebildete Frauen auch in Hamburg immer noch weniger Geld verdienen als Männer, ist unakzeptabel. Allein schon wegen des bevorstehenden Fachkräftemangels braucht Hamburg mehr Frauen in den Führungsetagen und generell auch in Berufen, die stark von Männern dominiert werden. Gleichzeitig ist es nicht hinnehmbar, dass Frauen vor allem in typischen Frauenberufen deutlich schlechter bezahlt werden als Männer“, betont **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Wir setzen deshalb in dieser Legislaturperiode auf mehr Chancengerechtigkeit im Berufsleben von Frauen und Männern, indem wir beiden Geschlechtern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.“

Der Gender Pay Gap hat Studien zufolge mehrere Ursachen. Frauen wählen oft typisch „weibliche“ Berufe, die traditionell geringer entlohnt werden. Zudem werden sie bei gleichen oder vergleichbaren Tätigkeiten schlechter entlohnt als Männer. Bei Beschäftigten in Führungspositionen sind die Unterschiede besonders groß: Arbeitnehmer in leitenden Funktionen erzielen derzeit in Hamburg einen durchschnittlichen Jahresbruttoverdienst von 87.764 Euro. Arbeitnehmerinnen in vergleichbaren Positionen erhalten hingegen im Schnitt nur 65.948 Euro brutto im Jahr - rund 25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Auch im Bereich der geringfügigen Beschäftigung zeichnen sich deutliche Unterschiede ab. Laut Bundesagentur für Arbeit verteilen sich die Mini-Jobs mit Einkommen bis zu 400 Euro im Monat in Hamburg zu 60 Prozent auf Frauen und 40 Prozent auf Männer. Außerdem sind rund 77 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten in Hamburg Frauen (Stand: 2011).

Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek: „Für eine gleiche und gerechte Entlohnung von Männern und Frauen müssen wir mit allen Akteuren gemeinsam die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick nehmen. Wir brauchen verbindliche Mindestquoten für die Privatwirtschaft und die Verwaltung, damit Frauen den ihrer Qualifikation entsprechenden beruflichen

Aufstieg auch in die Tat umsetzen können. Und unser Ziel ist es, das Berufswahlverhalten von Mädchen und Frauen zu erweitern, flexible und damit familienfreundliche Arbeitszeiten und –formen zu schaffen und Frauen einen schnellen beruflichen Wiedereinstieg zu ermöglichen.“

Hamburg setzt sich deshalb auf Bundesebene für einen gesetzlichen Mindestlohn, die Regulierung von Mini-Jobs sowie für eine Mindestquote von Frauen in Aufsichtsräten börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen ein. Ein weiteres Ziel der Hamburger Arbeitsmarktpolitik ist es, Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere beim Wechsel in Vollzeitbeschäftigung zu unterstützen, um die drohende Altersarmut einzudämmen. Der Hamburgische Senat fördert zudem mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) die Projekte „Worklife“, „Karriereschmiede“ und „Frauen an die Spitze“ für Frauen, die nach einer familienbedingten Pause wieder ins Berufsleben einsteigen und/oder Karriere machen wollen.

Hintergrundinformationen

Der Equal Pay Day, der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, wurde im Jahr 2008 erstmals in Deutschland eingeführt. Ursprünglich kommt der „Tag für gleiche Bezahlung“ aus den USA. Die amerikanischen Initiatorinnen des Netzwerks „Business and Professional Women“ hatten im Jahr 1988 erstmals eine Kampagne ins Leben gerufen, um auf die bestehende Lohnschere hinzuweisen. Diesen Gedanken griff das entsprechende Frauennetzwerk in Deutschland auf und startete die Initiative „Rote Tasche“, aus der heraus die Idee für die bundesweite Einführung des Equal Pay Day entstand. Die roten Taschen stehen für die roten Zahlen in den Geldbörsen der Frauen. Weitere Informationen zum Aktionstag und dem ganzjährigen Engagement von Frauen für mehr Lohngleichheit finden Sie unter www.equalpayday.de

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 |

E pressestelle@basfi.hamburg.de

Behörde für Justiz und Gleichstellung

Drehbahn 36 | 20354 Hamburg |

Pressestelle | Pia Böert

T +49 40 428 43- 3143 |

E pressestelle@justiz.hamburg.de

23. März 2012/bgv23

Sind Lebensversicherungen noch zeitgemäß? Verbändegespräch als Auftakt zur Verbraucherschutzministerkonferenz 2012

Lebensversicherungen galten lange als solide und sichere Altersvorsorge. Dieses Image hat jedoch Risse bekommen. Verbraucherverbände kritisieren u.a., dass ein Großteil der abgeschlossenen Verträge auch aufgrund zu langer Laufzeiten vorzeitig gekündigt wird, aber Verbraucherinnen und Verbraucher unzureichend über ihre Verluste bei einer Stornierung informiert sind. Zur Diskussion, wie beispielsweise diese Situation verbessert werden kann, hatte die Vorsitzende der Verbraucherschutzministerkonferenz, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Vertreterinnen und Vertreter von Bundes- und Landesministerien sowie Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft und von Verbraucherschutzverbänden nach Berlin eingeladen.

„Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen vor dem Abschluss einer privaten Altersvorsorge durch ausreichende Information in der Lage sein, ihre Verluste bei einer vorzeitigen Kündigung zu erkennen“, so **Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Eine klare Aufklärung ist unverzichtbar. Ebenso ist es notwendig, Standards für Verbraucherinformationen so weiter zu entwickeln, dass sie sich primär an den Interessen der Kundinnen und Kunden orientieren.“

Während des Verbändegesprächs wurde nochmals deutlich, dass die mangelhafte Verbraucherinformation vor dem Vertragsabschluss als eine Hauptursache für hohe Stornoquoten und daraus resultierende finanzielle Verluste ausschlaggebend ist. Während die Verbraucherverbände grundsätzlich von Lebensversicherungen abraten, sieht die Versicherungsbranche im Abschluss von privaten Lebens- und Rentenversicherungen weiterhin eine geeignete Möglichkeit für eine sichere langfristige zusätzliche Altersvorsorge.

In dem Gespräch wurden die Positionen der Verbraucherschutzverbände und der Versicherungswirtschaft gegenübergestellt. Es wurden unterschiedliche Ansatzpunkte diskutiert, wie Verbraucherinnen und Verbraucher vor Vertragsabschluss besser über die Kosten und möglichen Verluste beim vorzeitigen Rückkauf informiert werden können. Hierzu wurde erörtert, insbesondere die Vereinfachung und Vergleichbarkeit der Produktinformationsblätter sowie die Transparenz der Angaben zu den jeweiligen Rückkaufwerten und den bis dahin eingezahlten Beträgen weiter zu entwickeln. Hamburg wird dieses Thema im Rahmen des VSMK-Vorsitzes weiter verfolgen.

Im zweiten Teil des Verbändegesprächs stand das Thema „Krisenmanagement und die Wahrnehmung von Gefahren und Beurteilung der damit verbundenen Risiken“ im Fokus. Seit Anfang 2011 war Hamburg im Lebensmittelbereich von drei Krisen besonders betroffen: Dioxine in Futtermitteln, das Erdbeben in Japan mit dem anschließenden Atomunfall in Fukushima und schließlich im Mai das EHEC-Ausbruchsgeschehen. Die daraus resultierenden Risiken waren in jedem Fall unterschiedlich zu bewerten, in der Öffentlichkeit scheinbar jedoch mit weniger großen Differenzierungen aufgenommen worden. Welche Faktoren diese Wahrnehmung beeinflussen und wie Politik, Wissenschaft und Medien ihren Beitrag dazu leisten können, dass ein Krisenmanagement am tatsächlichen Risiko ausgerichtet wird, wurde im Rahmen der Veranstaltung ebenfalls intensiv diskutiert. Dabei stand insbesondere der Wunsch einer mehr zielgerichteten, abgestimmten und klaren Kommunikation im Krisenfall im Fokus.

Das Verbändegespräch, das am 22. März 2012 unter Leitung von Staatsrätin Elke Badde in der Hamburger Landesvertretung in Berlin stattgefunden hat, bildet die Auftaktveranstaltung zur diesjährigen Verbraucherschutzministerkonferenz unter Hamburgs Vorsitz.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

Landesamt für Verfassungsschutz

22. März 2011/bis22

Koranverteilung soll „Ungläubige“ zum Islam bekehren

Hamburg: Salafisten treten häufiger in der Öffentlichkeit auf

Hamburger Salafisten veranstalten am kommenden Sonnabend, 24. März 2012, bereits zum dritten Mal in diesem Jahr einen Informationsstand, um kostenlose Koranexemplare an Passanten zu verteilen. Sie schließen sich damit der bundesweiten salafistischen Kampagne „Lies!“ an.

Das islamistisch-salafistische Missionierungsnetzwerk „Die Wahre Religion“ (DWR) des Predigers Ibrahim ABU NAGIE aus Frankfurt/M. verteilt seit Herbst 2011 über sogenannte „Islam-Infotische“ bundesweit kostenlose Koranexemplare. Diese Kampagne unter dem Motto „Lies!“ ist aktueller Ausdruck der offensiven Missionierungsarbeit dieser islamistischen Strömung. Nicht-Muslime sollen auf diesem Weg nicht nur an den Islam herangeführt, sondern gleichzeitig mit der salafistischen Szene in Kontakt gebracht werden. Ziel ist es, Konversionen zum Islam salafistischer Prägung herbeizuführen und damit diese Form des religiös motivierten Extremismus in Deutschland weiter zu verbreiten.

Die Kampagne hat nun auch Hamburg erreicht. Bereits zum dritten Mal beabsichtigen Hamburger Salafisten, am kommenden Sonnabend mit einem Infostand in der Innenstadt und durch die Verteilung von Koranexemplaren ihre Ideologie zu verbreiten. In Hamburg wird die Aktion vom „Deutschsprachigen Islamkreis im Norden e.V.“ (DIIN) organisiert und durchgeführt. Vorsitzender dieses Vereins ist der „Pressesprecher“ der ehemaligen Taiba-Moschee. Diese wurde am 09.08.2010 von der Innenbehörde geschlossen, weil sich die Aktivitäten ihres Trägervereins unter anderem gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richteten.

Salafisten orientieren sich an der islamischen Frühzeit. Sie versuchen, ihre religiöse Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Koran und der Prophetentradition (arabisch: Sunna) auszurichten, das heißt, die vom Propheten Muhammad überlieferten Aussagen und Handlungen sind für sie eine in jedem Detail verbindliche Richtschnur. Dabei kommt bei der Bestimmung dessen, was „wahrhaft islamisch“ ist, den sogenannten „rechtschaffenden Altvorderen“

(arabisch: as-salaf as-salih; daher der Begriff Salafismus) eine entscheidende Bedeutung zu. Zu diesen „Altvorderen“ werden nur die drei auf den Propheten folgenden Generationen gezählt.

Salafisten verfolgen das Ziel, Staat, Rechtsordnung und Gesellschaft nach ihrem eigenen Regelwerk, das als „gottgewollte“ Ordnung angesehen und propagiert wird, umzugestalten. Ziel ist ein Gottesstaat, in dem der Wesensgehalt des deutschen Grundgesetzes keinen Platz hätte. So werden Volkssouveränität und durch Menschen gemachte Gesetze als „shirk“ (Götzenglaube) abgelehnt. Bundesweit werden rund 3.800 Personen der salafistischen Strömung zugerechnet, in Hamburg etwa 200.

Vom Salafismus gehen auch deshalb besondere Gefahren aus, weil zu dieser Bewegung sogenannte Jihadisten gehören, die den weltweiten bewaffneten Jihad im Sinne der Al-Qaida-Ideologie rechtfertigen. In Hamburg leben derzeit etwa 40 Jihadisten.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Landesamt für Verfassungsschutz

Marco Haase

Tel.: 040 – 42839-2007

E-Mail: Marco.Haase@verfassungsschutz.hamburg.de

Internet: <http://www.hamburg.de/verfassungsschutz>

19. März 2012/bsb19

Schulsenator Rabe: Abitur soll fair, gerecht und qualitativ hochwertig sein

Schulsenator Rabe will ab dem Schuljahr 2014 in Hamburg in fast allen Fächern eine zentrale Abiturprüfung einführen. Angesichts der öffentlich gemachten Kritik daran erklärte Rabe: „ Hamburgs Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf eine faire Abiturprüfung und eine hochwertige Schulbildung. Deshalb darf Hamburgs Abitur nicht von Schule zu Schule auf unterschiedlichem Niveau stattfinden, sondern muss in allen Schulen ein hohes Niveau sicherstellen.“

Niveau der Hamburger Schulen und Abiturprüfungen darf sich nicht weiter auseinander entwickeln

Senator Rabe: „Wenn sich Eltern und Schüler sogar in ganz Deutschland gleiche Abiturstandards wünschen, dann kann es doch nicht richtig sein, dass das Abitur zurzeit nicht einmal zwischen Billstedt, Bergedorf und Blankenese vergleichbar ist. Es wäre schlimm und ungerecht, wenn sich das Niveau der Hamburger Schulen und Abiturprüfungen weiter auseinanderentwickeln würde. Deshalb brauchen wir künftig gleiche Prüfungsaufgaben in allen Fächern. Nur so kann gewährleistet werden, dass es ein faires und gerechtes Abitur gibt.“

Gleiche Prüfungsaufgaben sollen ein hohes Niveau in der Oberstufe sicherstellen

Gleiche Prüfungsaufgaben sichern zudem ein hohes Niveau in der Oberstufe. Denn der Fachunterricht wird sich selbstverständlich an den zentralen Abituraufgaben ausrichten. Hochwertige zentrale Aufgabenstellungen verbessern somit auch die Qualität des Unterrichts. Das ist ein wichtiger Schritt, damit das Hamburger Abitur bundesweit zur Spitzengruppe aufschließen kann.

Profiloberstufe wird nicht abgeschafft – für eigene Schwerpunkte bleibt genug Raum

Die Profiloberstufe wird durch die Ausweitung zentraler Aufgabenstellungen nicht abgeschafft. Die Abiturprüfungen beziehen sich in der Regel auf 50 Prozent des Unterrichts, so dass für Schwerpunkte im Unterricht noch genügend Raum bleibt. Doch die Profiloberstufe darf kein Freibrief dafür sein, von Schule zu Schule völlig unterschiedliche Anforderungen und Prüfungen zu stellen. Die Freiheit von

Schule zu Schule unterschiedliche Schulprofile zu entwickeln, wird begrenzt durch die Verantwortung dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler hervorragend ausgebildet werden und in Berufsausbildung und Studium alle Anforderungen erfüllen. Wirtschaft und Universität haben kein Verständnis dafür, wenn Schülerinnen und Schüler in ihren Schulen völlig unterschiedliche Dinge lernen und den Anforderungen später nicht gewachsen sind.

Fächerübergreifende Profileroberstufen und zentrale Abiturprüfungen sind kein Widerspruch

Es besteht kein Widerspruch zwischen den fächerübergreifenden Schwerpunkten der Profileroberstufen und der Festlegung von Inhaltsschwerpunkten im Hinblick auf zentrale Abiturprüfungen: Schon jetzt ist im Bildungsplan festgelegt, welchen Anforderungen die Schülerinnen und Schüler am Ende der Studienstufe genügen müssen und welche fachlichen Inhalte auch unter den Bedingungen der Profileroberstufe verbindlich zu unterrichten sind. In der schriftlichen Abiturprüfung geht es genau um diese fachlichen und nicht um fächerübergreifende Inhalte.

Lehrkräfte gewinnen Zeit für Unterricht und Beratungsgespräche

Durch den Wegfall von Aufgabenstellungen, die durch jede einzelne Lehrkraft erstellt werden, gewinnen die Lehrkräfte zudem mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung des Unterrichts und für Beratungsgespräche.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

Hintergrund:

Reform der Abiturprüfungen in Hamburg ab 2014

- **Zentrale Aufgabenstellungen in allen Prüfungsfächern**

Ab dem Abiturjahrgang 2014 führt Hamburg zentrale Aufgabenstellungen in allen Prüfungsfächern ein. Bislang wurden nur Deutsch und Mathematik, sowie einige wichtige Fremdsprachen zentral geprüft. Weiterhin dezentral geprüft werden Kunst, Theater, bilingual unterrichtete Fächer und einige Nischenfächer. Zentrale Prüfungsaufgaben haben den Vorteil der Standard- und Qualitätssicherung und erhöhen die Vergleichbarkeit.

- **Abiturprüfungstermine zukünftig im April/Mai**

Die Termine für die schriftlichen Abiturprüfungen werden ab 2014 auf April und Mai verlegt, so dass das schriftliche Abitur auch Themen des 4. Semesters umfasst. Hamburg ist das einzige Bundesland, das die schriftlichen Abiturtermine bislang Ende Januar oder Anfang Februar hat. Durch eine Verlegung des Termins für die schriftlichen Prüfungen in den April ist eine zusammenhängende Prüfungsphase für Schülerinnen und Schüler möglich.

- **Schüler wählen zwischen Präsentationsprüfung und mündlicher Abiturprüfung**

Die 2010 anstelle der mündlichen Abiturprüfung eingeführte Präsentationsprüfung wird zukünftig optional durchgeführt, d.h. die Schülerinnen und Schüler können zwischen Präsentations- und klassischer mündlicher Prüfung wählen. Die Vorbereitungszeit für Präsentationsprüfungen wird auf zwei Wochen verkürzt, da der erste Jahrgang bewiesen hat, dass die Schülerinnen und Schüler nicht mehr als 14 Tage für die Ausarbeitung selbst schwieriger Fragestellungen benötigen.

- **Übersicht zentrale/dezentrale schriftliche Abiturprüfungen ab 2014:**

Zentral:

- Biologie
- Chemie
- Deutsch
- Englisch
- Französisch
- Geographie

- Geschichte
- Informatik
- Latein
- Mathematik
- PGW (Politik-Gesellschaft-Wirtschaft)
- Philosophie
- Physik
- Psychologie (grundlegendes Niveau)
- Religion
- Russisch
- Spanisch
- Sport

Dezentral:

- Chinesisch
- Griechisch
- Italienisch
- Kunst
- Musik
- Pädagogik
- Polnisch
- Psychologie (erhöhtes Niveau)
- Recht
- Theater
- Türkisch
- Wirtschaft

22. März 2012/bsb22

„Zukunftslotsen Hamburg-Harburg“ werden Preisträger des bundesweiten Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“ - Gemeinsames Projekt von „Lernen vor Ort“ und der Haspa Hamburg Stiftung

„Lernen vor Ort“ und die Haspa Hamburg Stiftung sind mit ihrem Projekt „Zukunftslotsen Hamburg-Harburg“ Preisträger im bundesweit ausgetragenen Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ 2012. In Hamburg-Harburg sind 22 Zukunftslotsen tätig. Ihr Ziel ist es, den Mitmenschen im Bezirk den Zugang zu Beratungsstellen und Weiterbildungsangeboten zu erleichtern. Sie kennen das Bildungsangebot vor Ort und können zum Beispiel über Hausaufgabenhilfe oder Angebote für Senioren Auskunft erteilen. Viele Zukunftslotsen leben in der Nachbarschaft der Ratsuchenden, sind von ihnen akzeptiert und an Treffpunkten wie im Sportverein oder der Moschee aktiv. Das Projekt motiviert Menschen aus einem bildungsfernen Umfeld, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen und baut Ängste im Umgang mit Bildungsinstitutionen ab.

Der Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ wird seit 2006 von der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ gemeinsam mit der Deutschen Bank realisiert. Michael Trepper von der Deutschen Bank in Hamburg überreichte Dr. Wolfgang Blümel, Geschäftsführer der Haspa Hamburg Stiftung, die Auszeichnung als „Ausgewählter Ort 2012“ und betonte: „Die Zukunftslotsen bauen Vorbehalte ab, informieren und motivieren. Als ‚Männer und Frauen von nebenan‘ erreichen sie Menschen, die sich Bildungsangeboten über herkömmliche Wege aus unterschiedlichen Gründen verschließen.“

Aus über 2.000 Bewerbungen wählte die Expertenjury aus Wissenschaftlern, Wirtschaftsmanagern, Journalisten und Politikern das Projekt „Zukunftslotsen Hamburg-Harburg“ aus. Dr. Wolfgang Blümel kommentierte die Auszeichnung: „Wir sind sehr stolz, ein ‚Ausgewählter Ort‘ im Land der Ideen zu sein. Die regionale Ausrichtung des Modells besticht. Es ist bürgernah und die Menschen vor Ort können von den individuellen Erfahrungen der Zukunftslotsen profitieren. Darum engagieren wir uns hierfür und fördern gern dieses Vorhaben“.

Das Projekt Zukunftslotsen Hamburg-Harburg ist im Rahmen von „Lernen vor Ort“ der Hamburger Bildungsbehörde entwickelt und mit Unterstützung der Haspa Hamburg Stiftung realisiert worden. Nach dem Aufruf „Zukunftslotse für Harburg gesucht“, haben sich im vergangenen Jahr 22 Harburger in einer dreimonatigen Schulung zum Zukunftslotsen fortbilden lassen. „Wir waren überrascht und sehr erfreut über die Vielzahl an Anmeldungen“, berichtet Eva Pertzborn, Projektleiterin „Lernen vor Ort“. Motiviert waren die Teilnehmenden aus ganz unterschiedlichen Gründen. „Ich habe selbst gute Erfahrung mit Beratung gemacht. Dies hat mich motiviert, ebenfalls anderen Menschen bei der Suche zu helfen“, kommentiert eine Zukunftslotsin ihre Teilnahme. Ins Gespräch zu kommen mit Menschen, zu denen sonst kein Kontakt besteht, ist ein weiterer Grund. Das Projekt Zukunftslotsen Hamburg-Harburg hat über seine Bezirksgrenzen hinaus Anerkennung erlangt und Interesse in anderen Bezirken geweckt. „Lernen vor Ort“ begleitet den Aufbau weiterer Zukunftslotsen-Netzwerke und hofft hierbei auf zusätzliche Unterstützer.

Weitere Informationen über www.hamburg.de/lernen-vor-ort

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung Romy Stühmeier, Stellv. Projektleitung Lernen vor Ort Tel.: (040) 428 843 - 591 E-Mail: romy.stuehmeier@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/lernen-vor-ort	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel.: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
Haspa Hamburg Stiftung Dr. Wolfgang Blümel, Geschäftsführer Tel.: (040) 35 79 34 99 E-Mail: wolfgang.bluemel@haspa.de	Deutschland – Land der Ideen Pierre Dombrowski Tel.: 030/206459-180 E-Mail: dombrowski@land-der-ideen.de

Hintergrundinformationen

Projekt „Lernen vor Ort“

Das Projekt „Lernen vor Ort“ arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Behörde für Schule und Berufsbildung und den sieben Hamburger Bezirken. Im Mittelpunkt steht das lebenslange Lernen vor Ort – von der frühkindlichen Förderung bis zur nachberuflichen Phase. Die Vielzahl an Bildungsanbietern aufzeigen und ihre Angebote für Bürger verständlich und leicht zugänglich machen, ist eines der Ziele des Projekts. Fachbehörden, Bezirke und Zivilgesellschaft dabei zu unterstützen, gemeinsam Verantwortung für regionale Bildungsentwicklungen zu übernehmen, eine andere. Für Hamburg begleiten das Projekt die drei Patenstiftungen Körber-Stiftung, Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. und Haspa Hamburg Stiftung.

Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.hamburg.de/lernen-vor-ort

Haspa Hamburg Stiftung

Die Haspa Hamburg Stiftung bietet seit 2005 eine Plattform, die es einfach macht, eine Stiftung schon mit einem geringen Kapitaleinsatz zu gründen. Der gesamte Rechts- und Geschäftsverkehr wird dauerhaft von der Stiftung abgewickelt. Kosten für die Gründung entstehen nicht. Darüber hinaus macht sich die Haspa Hamburg Stiftung mit eigenen Aktivitäten für Hamburg stark. Förderschwerpunkt ist die Bildung, hier vor allem die Verbesserung der Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen als Schlüsselqualifikation fürs ganze Leben.

Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.haspa-hamburg-stiftung.de

Standorte und Beratungszeiten der ehrenamtlichen Zukunftslotsen in Harburg:

<http://www.hamburg.de/contentblob/3143760/data/beratungszeiten-lotsen.pdf>

22. März 2012/bsu22

Neuer Sozialmonitoring-Bericht veröffentlicht

Erste positive Entwicklungstendenzen erkennbar

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gibt zum zweiten Mal einen Sozialmonitoring-Bericht heraus. Erstmals können die vorliegenden Ergebnisse zu soziostrukturellen Problemlagen nun im Zeitverlauf betrachtet werden. Im Vergleich zum Vorjahr sind leichte positive Entwicklungstendenzen erkennbar.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt Jutta Blankau: „Das Sozialmonitoring erlaubt ein frühzeitiges Erkennen von Nachbarschaften mit sich abzeichnenden Problemlagen. Wir können so genau erkennen, wo sich kritische Entwicklungen in den Stadtteilen abzeichnen, denen wir – unterstützt durch städtebauliche Förderinstrumente – gezielt begegnen können.“

2011 wurden weniger Gebiete als noch in 2010 als „statusniedrig“, deutlich mehr Gebiete bei der Dynamik als „positiv“ bewertet. Für eine zuverlässige Aussage über Entwicklungstendenzen ist der bisher betrachtete Zeitraum jedoch zu kurz. Mit der kontinuierlichen Anwendung des Sozialmonitorings werden in den folgenden Jahren aussagekräftigere Ergebnisse erwartet.

Generell zeigt sich, dass Gebiete mit zu vermutenden Handlungsbedarfen insbesondere im Hamburger Süden und Osten (Harburg, Neuwiedenthal, Neugraben, Billstedt, Neuallermöhe, Jenfeld), auf den Elbinseln (Veddel, Wilhelmsburg), in zentralen Stadtteilen (St. Pauli, Altona-Altstadt, Altona-Nord) sowie in den Großsiedlungen Osdorfer Born und Steilshoop liegen. Die meisten dieser Gebiete sind Fördergebiete der Integrierten Stadtteilentwicklung und werden in ihrer Entwicklung bereits durch die Programme der Städtebauförderung unterstützt.

Der Nutzen des Sozialmonitorings zeigt sich auf verschiedenen Ebenen: Zum einen schafft es eine transparente Grundlage für die besondere Förderung bestimmter Stadtteile. Zum anderen zeigt das Kartenwerk zum Sozialmonitoring, dass auch der komplexe Sachverhalt der sozialen Ungleichheit in der Stadt anschaulich dargestellt werden kann. Darüber hinaus dienen die Daten und Analysen als Basis und Orientierung für die sozialraumorientierten Aufgaben und Programme der Fachbehörden und Bezirksämter.

Hintergrund: Sozialmonitoring - Methodik

Das Sozialmonitoring ist ein kleinräumiges, datengestütztes Stadtbeobachtungssystem. Räumliche Basis bilden 831 Statistische Gebiete. Statistische Gebiete sind kleinräumige Gebietseinheiten mit durchschnittlich ca. 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Sie sind nach städtebaulichen und sozialstrukturellen Homogenitätskriterien im Anschluss an die Volkszählung 1987 gebildet worden und lassen sich zu Stadtteilen aggregieren. In die Untersuchung fließen aus methodischen Gründen nur Statistische Gebiete mit mehr als 300 Einwohnerinnen und Einwohner ein.

Im Sozialmonitoring werden sieben sogenannte „Aufmerksamkeitsindikatoren“ betrachtet. Diese werden jeweils unter dem Gesichtspunkt des Status Quo und der Entwicklung in den vergangenen drei Jahren untersucht. Die Indikatoren werden mit Hilfe eines statistischen Berechnungsverfahrens zu einem „Statusindex“ sowie einem „Dynamikindex“ zusammengefasst. Es werden vier Status- und drei Dynamikklassen unterschieden („hoch“, „mittel“, „niedrig“, „sehr niedrig“ bzw. „positiv“, „stabil“, „negativ“). Im Ergebnis kann jedem betrachteten Gebiet eine Status- und eine Dynamikklasse zugewiesen werden. Diese werden kombiniert (gekreuzt) ausgewertet und in einer Karte „Gesamtindex“ wiedergegeben.

Der Sozialmonitoring-Bericht 2011 sowie weitere Karten und Informationen sind unter <http://www.hamburg.de/sozialmonitoring> abrufbar.

Kontakt: Kerstin Graupner; Pressestelle BSU; Tel. 040/42840-3249; pressestelle@bsu.hamburg.de

20.03.2012/kb20

„Hamburg ist Hauptstadt der Kreativwirtschaft“

Kulturbehörde und Hamburg Kreativ Gesellschaft stellen ersten Kreativwirtschaftsbericht vor

Mit ihrem umfassenden Ansatz zur Förderung der Kreativwirtschaft zieht Hamburg schon heute die Aufmerksamkeit anderer Städte und Bundesländer auf sich, auch aus anderen europäischen Ländern schaut man interessiert auf Hamburg. Um eine Grundlage zur weiteren strategischen Ausrichtung der Kreativwirtschaftsförderung bereitzustellen, hat die Hamburg Kreativ Gesellschaft im Auftrag der Kulturbehörde einen umfangreichen Bericht zur Lage der Kreativwirtschaft in Hamburg verfasst und heute vorgestellt.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Hamburg ist Hauptstadt der Kreativwirtschaft: Der jetzt vorgelegte Kreativwirtschaftsbericht bietet eine wichtige Grundlage zur weiteren strategischen Ausrichtung der Kreativwirtschaftsförderung, die hier in Hamburg sektoren- und teilmarktübergreifend gedacht wird. Es gelingt dem Kreativwirtschaftsbericht, ein umfassendes Bild zu zeichnen und vor allem nicht nur über die Akteure der Kreativwirtschaft zu schreiben, sondern mit ihnen und durch sie. Förderung kann heute nur noch erfolgreich sein, wenn die Akteure gleichberechtigt und frühzeitig einbezogen werden.“

Egbert Rühl, Geschäftsführer der Hamburg Kreativ Gesellschaft: „Der Bericht zeigt deutlich, dass Hamburgs Stärken in der Kreativwirtschaft überwiegen, aber auch, worauf Hamburg achten muss, um seine Position nicht zu verlieren. Für die Kreativ Gesellschaft lässt sich daraus die klare Aufgabe ableiten, die bisher aufgenommen Aktivitäten fortzuführen und weiter zu entwickeln.“

Die zentrale Aussage des Berichtes lautet: Hamburg ist weiter die Hauptstadt der Kreativwirtschaft in Deutschland, was den Umsatz über alle Teilmärkte anbelangt. Hamburg sollte den in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Weg weiter konsequent verfolgen, auch weil einzelne Mitbewerber inzwischen an Raum gewonnen haben. Zentrale Herausforderungen sind: Wahrnehmung und Anerkennung der Kreativwirtschaft und ihrer Akteure erhöhen, maßgeschneiderte Finanzierungsformate entwickeln und

geeignete Räume erschließen. Die Hamburg Kreativ Gesellschaft, die unter anderem gegründet wurde, um hier Abhilfe zu schaffen, hat in allen Feldern schon Erfolge zu verzeichnen.

Der Bericht bestätigt, was unter den Fachleuten schon als bekannt vorausgesetzt wird: Kreativwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig, der sehr eigene Strukturen entwickelt. Die größte Besonderheit ist, dass hier sehr viel mehr kleine und kleinste Unternehmen existieren als in anderen Wirtschaftszweigen. Diese Strukturen bedürfen einer auf sie und ihre Bedürfnisse abgestimmte spezielle Förderung, die durch die „klassische“ Wirtschaftsförderung, die auf andere Strukturen ausgerichtet ist, oftmals nicht geleistet werden kann.

Der Kreativwirtschaftsbericht steht als Download unter www.kreativgesellschaft.org zur Verfügung.

Für Rückfragen:

Egbert Rühl
Hamburg Kreativ Gesellschaft mbH
Tel. 040 / 879 798 613
Egbert.Ruehl@kreativgesellschaft.org

Stefan Nowicki
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 - 226
stefan.nowicki@kb.hamburg.de

Landespressekonferenz am 20. März 2012

Hintergrundinformationen zum Kreativwirtschaftsbericht

Um die Kreativwirtschaft mit insgesamt elf Teilmärkten in allen Facetten zu beschreiben, wählt der Bericht verschiedene Ansätze: Im statistischen Teil wird die Hamburger Kreativwirtschaft und ihre Entwicklung in den letzten Jahren in Zahlen abgebildet. In einer **methodischen Standortanalyse** wurden relevante Akteure aus allen Strukturen und Teilmärkten nach ihrer Einschätzung der Lage der Hamburger Kreativwirtschaft und ihrer Perspektive befragt. In partizipativ angelegten **Workshops** haben Stakeholder der Kreativwirtschaft Herausforderungen diskutiert und Lösungsansätze formuliert. Eine **Betrachtung der Strukturen** zur Förderung der Kreativwirtschaft anderer Städte in Deutschland und Europa lässt erkennen, ob und was Hamburg von dort lernen könnte. Der Bericht fasst diese einzelnen Teilberichte zusammen und beschreibt am Ende **Herausforderungen und Aufgaben**, um Hamburgs Kreativwirtschaft weiter zu fördern.

Gleichzeitig hat die Kreativ Gesellschaft **16 Akteure der Hamburger Kreativwirtschaft** aus allen elf Teilmärkten und sehr unterschiedlichen Lebenslagen gebeten, ihre Sicht auf die Lage dieser Branche zu werfen. Dabei sind sehr subjektive Beiträge entstanden, die einen intensiven Innenblick auf diese Branche und ihre Akteure erlauben.

Stichwort Kreativwirtschaft

Zu den elf Teilmärkten der Kreativwirtschaft zählen: Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Markt für darstellende Künste, Designwirtschaft, Architekturmarkt, Pressemarkt, Werbemarkt sowie Software/Games-Industrie.

Die Kreativwirtschaft wird in drei Sektoren geteilt:

- Privatwirtschaftlicher Sektor
- Öffentlicher Sektor (staatliche sowie öffentliche, nichtstaatliche Kulturförderung)
- Intermediärer Sektor (private, nichtkommerzielle Einrichtungen: Vereine, Stiftungen, etc.)

Die zentralen Aussagen des Berichtes:

Die Hamburger Kreativwirtschaft ist, gemessen am Umsatz aller Teilmärkte, führend in Deutschland. Sie steuert mit einem Umsatz von 10,6 Mrd. Euro 2,8% zur Hamburger Wirtschaftsleistung bei. Knapp 7% der erwerbstätigen Hamburger, darunter relativ viele Selbstständige, arbeiten im privaten Bereich

der Kreativwirtschaft und erzielen einen Wertschöpfung von 2,8 Mrd. Euro, was einem Anteil von 3,8 % an der gesamten Hamburger Wertschöpfung entspricht. Führend beim Umsatz ist dabei der Pressemarkt, vor dem Werbemarkt, gefolgt vom Designmarkt und dem Markt für Software/Games. Innerhalb der Kreativwirtschaft ist der Anteil an Selbstständigen und Unternehmen mit 18,3% vergleichsweise hoch (Gesamtwirtschaft: 8,3%). Diese Unternehmen erzielen im Durchschnitt 0,8 Mio. Euro Umsatz /Jahr, was im Verhältnis zum durchschnittlichen Umsatz aller Unternehmen in Hamburg niedrig ist, aber im Vergleich zum durchschnittlichen Umsatz eines Unternehmens der Berliner Kreativwirtschaft fast doppelt so hoch.

Im privatwirtschaftlichen Sektor der Hamburger Kreativwirtschaft gab es im Jahr 2008 mindestens 70.318 Erwerbstätige, was einem Anteil an der Gesamtwirtschaft von 6,7% entspricht. Zwischen 2003 und 2008 stieg die Zahl der Erwerbstätigen hier um 9,7%. In Relation zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen liegt Hamburg mit einer Quote von 6,7% auf Platz zwei hinter München (8,1%) und vor Köln (6,6%) und Berlin (5,7%).

Über alle Sektoren hinweg betrachtet, arbeiteten in der Hamburger Kreativwirtschaft im Jahr 2008 mind. 78.775 Personen.

Nach Finanzvolumen betrachtet ist der privatwirtschaftliche Sektor mit einem Umsatz von ca. 10,6 Mrd. Euro fast zehnmal so groß wie der öffentliche Sektor (Volumen nach Grundmittelkonzept des Kulturfinanzberichtes: 1,1 Mrd. Euro). Der intermediäre Sektor hat ein vergleichsweise sehr geringes Volumen (ca. 70 Mio. Euro).

Nach den Umsatzzahlen ist Hamburgs Kreativwirtschaft führend in Deutschland (nach der Erwerbstätigen-Quote Platz 2), aber das Wachstum war in den letzten Jahren in anderen Metropolen Deutschlands deutlich stärker, so dass der Abstand geringer geworden ist.

Auch die Standortanalyse ergibt, dass Hamburg vor allem als starker Standort für die Kreativwirtschaft beurteilt wird; Schwächen sehen die befragten Experten vor allem in drei Feldern:

- Mangelnde Wertschätzung
- Unzureichende geeignete Finanzierungsformate
- Schwierigkeiten, geeignete Immobilien zu finden.

Der Blick auf den Umgang mit der Kreativwirtschaft in anderen deutschen Städten lässt erkennen, dass dieser Wirtschaftszweig überall ein Thema von Politik und Wirtschaftsförderung ist, alle Städte aber erst am Beginn einer klar strukturierten, strategisch ausgerichteten teilmarktübergreifenden Förderungen der Kreativwirtschaft stehen. In Wien hat man mit der Förderagentur „departure“ seit 2003 positive Erfahrungen mit der finanziellen Bezuschussung von Unternehmen mit Wachstumspotential gesammelt. Amsterdam dagegen setzt schon seit einigen Jahren vor allem auf die Erschließung von Immobilien zur Nutzung durch Künstler und die Kreativwirtschaft.

Fazit:

Der erste Hamburger Kreativwirtschaftsbericht schließt als Reaktion auf die zentralen Aussagen des Berichtes mit Handlungsempfehlungen in fünf Feldern:

- Wahrnehmung und Anerkennung erhöhen
- Qualifikation, Professionalisierung und Vernetzung verbessern
- Passgenaue Finanzierungsmöglichkeiten schaffen
- Geeignete Immobilien erschließen
- Selbstorganisation unterstützen und geeignete Steuerungsform wählen

In allen diesen Handlungsfeldern ist die Freie und Hansestadt teilmarktbezogen mit Hamburg@work, hamburgunddesign° und der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein, teilmarktübergreifend mit der Hamburg Kreativ Gesellschaft und behördlich durch die Kulturbehörde und die Senatskanzlei / Amt Medien schon erfolgreich aktiv. Darüber hinaus wird das Thema auch von anderen Behörden begleitet.

22.03.2012/kb22

Kulturbehörde und Reeperbahn Festival in der Hamburger Landesvertretung

Erste „Reeperbahn Festival – Echo Edition“ in Berlin

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat heute erstmals das Reeperbahn Festival in der Landesvertretung in Berlin präsentiert. Der Einladung von Kulturbehörde, Landesvertretung und Reeperbahn Festival folgten rund 60 geladene Gäste aus Musikwirtschaft, Politik, Verwaltung und Medien zur „Reeperbahn Festival – Echo Edition“. Der Musikpreis Echo wird am heutigen Abend in Berlin verliehen.

Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill: „Das Reeperbahn Festival mit seinen Bestandteilen ‚Music, Campus and Arts‘ ist für Hamburg in den sechs Jahren seines Bestehens nicht nur zu einem wichtigen Imageräger geworden. Es entwickelt sich zunehmend zu einem wichtigen Partner der Stadt zur Bündelung der Kräfte in der Hamburger Kreativwirtschaft. Mit der Echo Edition unterstreicht das Reeperbahn Festival seine Funktion als zentrale Anlaufstelle für die internationale Musik- und Live Entertainment Branche in Deutschland.“

„Die hochkarätigen Gäste der ersten Echo Edition des Reeperbahn Festivals aus v.a. der Politik, aber auch der Besuch einiger der wichtigsten Vertreter der Musikbranche belegen die Anziehungskraft des Reeperbahn Festivals“, so **Alexander Schulz, Geschäftsführer der Reeperbahn Festival GbR**. „Der Versuch, die spannenden Facetten des Reeperbahn Festivals durch ein stark besetztes Panel und eine Ausstellung hier in Berlin zu präsentieren, war darum ein voller Erfolg.“

Eine kontroverse Diskussion lieferten sich im Rahmen des Podiumsgesprächs „Der digitale Wutbürger – Gefahr oder Chance für die Musikbranche?“ Mark Chung (Musikverleger und 1. Vorsitzender der V.U.T. e.V.), Frank Dostal (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der GEMA), MdB Thomas Jarzombek (Mitglied Enquetekommission "Internet und digitale Gesellschaft", CDU), MdB Lars Klingbeil (Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, SPD) und Bruno Kramm (Musiker, Labelinhaber und Mitglied der Piratenpartei).

Eine umfangreiche Ausstellung präsentiert unter dem Titel „6 Jahre Flatstock Europe“ Arbeiten internationaler Poster-Künstler. Die Poster, die anlässlich des Reeperbahn Festivals in den Jahren 2006 bis 2011 geschaffen wurden, zeigen die beeindruckende Bandbreite des Kunst-Genres „Poster Art“. Bis zu 40 internationale Künstler zeigen jährlich beim Reeperbahn Festival auf Europas größter Rock-Poster-Ausstellung „Flatstock Europe“ ihre aufwändigen Kunstdrucke, von denen manche bereits im Pariser Louvre ausgestellt wurden.

Bildmaterial der Veranstaltung kann am 22.03. unter der E-Mail-Adresse schwarte@infernoevents.com angefordert werden.

Für Rückfragen:

Enno Isermann, Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 207kb22
enno.isermann@kb.hamburg.de

Jan Clausen
Queen About Music
040 / 36 97 34 -14
Jan@QueenAboutMusic.de

23.03.2012/kb23

Erstes Bausymposium zum Gängeviertel **Denkmalpflegerische Grundlagen für Planung entstehen**

Am heutigen Freitag findet von 12 bis 17 Uhr das erste Bausymposium im Gängeviertel zu den Themen „Fenster, Türen, Oberflächen“ statt, bei dem die Ergebnisse der jüngsten restauratorischen Untersuchungen vorgestellt und Konsequenzen und weitere Schritte zur denkmalgerechten Sanierung erörtert werden.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit den aktuellen Untersuchungen wurde eine erste Grundlage für die weitere Planung der denkmalgerechten Sanierung des Gängeviertels geschaffen. Ein sehr gutes Verständnis der historischen Bausubstanz ist eine unverzichtbare Grundlage für die zahlreichen Entscheidungen, die in den kommenden Jahren bei der Sanierung dieses vielschichtigen Denkmals anstehen. Das Denkmal Gängeviertel vermittelt uns einen sehr gut erhaltenen Eindruck von der sozialen und bauhistorischen Vergangenheit Hamburgs.“

Das Denkmalschutzamt ist bereits seit zwei Jahren in die Zukunftsplanung für das Gängeviertel eingebunden und hat sowohl Bestandsaufnahmen mit Detail-Aufmaßen von historischen Fenstern erstellt als auch die aktuellen restauratorischen Untersuchungen initiiert und fachlich begleitet. Das Amt ist zudem kontinuierlich in Abstimmungsgesprächen mit den beteiligten Planern und Akteuren.

In den vergangenen Wochen war die Restauratorin Angelika Fischer-Menshausen mit ihrem 4-köpfigen Team im Gängeviertel und hat an den Gebäuden Caffamacherreihe 43-49 und Valentinskamp 38b eine restauratorische Befunduntersuchung der Farbfassungen durchgeführt. Dieses Vorgehen ermöglicht Rückschlüsse auf die jeweiligen Zustände des Gebäudes, auf das Gestaltungskonzept, ebenso werden bauliche Veränderungen erfasst, stilistische und künstlerische Zuordnungen können durchgeführt werden.

Die Befunduntersuchung kann man als Feldforschung der Denkmalpflege ansehen. Sie ist die Voraussetzung für darauffolgende denkmalpflegerische und restauratorische Maßnahmen.

Im Gängeviertel wurden an 60 Bauteilen sogenannte Stratigrafien angelegt. Das heißt, die Schichtenfolge der Anstriche auf den Architekturoberflächen wurden ermittelt, um die Gestaltung der architektonischen Oberflächen im Laufe der Geschichte zu rekonstruieren. Vorläufig sind folgende Rückschlüsse zu ziehen:

- Im Haus Valentinskamp 38 b sind die ersten Fassungen meist in hellen, freundlichen Farben ausgeführt, die Fassungen der Fenster und Türen waren einheitlich hellgrau innen, außen dunkelgrau gestrichen.
- Die ersten Fassungen im Haus Caffamacherreihe von 1890 waren hingegen mehr in braunen Erdfarbtönen gehalten, ganz in der Tradition des Historismus.
- Aber auch hier sind die Oberflächen zunächst sehr detailreich gestaltet worden, was man im Treppenhaus und am Stuck erkennen kann.

Bemerkenswert ist die Vielzahl und Dichte an Befunden aus über 150 Jahren Wohnungsgeschichte in der Hamburger Innenstadt, an denen auch die unterschiedlichen individuellen Geschmacksvorstellungen und finanziellen Möglichkeiten bei der Ausstattung ihrer Wohnungen erkennbar werden.

Die Stiftung Denkmalpflege Hamburg hat die Untersuchungen und das heutige Symposium mit über 17.000 EUR finanziert.

Anfang April soll der Architektenvertrag zwischen Gängeviertel-Architekt Joachim Reinig und der Stadtentwicklungsgesellschaft STEG für den ersten Bauabschnitt unterzeichnet werden und die Fachplanung und Baumaßnahmen mit Mitteln der Integrierten Stadtplanung beginnen. Baubeginn ist für Anfang 2013 geplant. Das nächste Symposium wird im Mai stattfinden zu Themen nachhaltiger Wärmezeugung.

Für Rückfragen:

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt
040 / 42824-707
kristina.sassenscheidt@kb.hamburg.de

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824-207
pressestelle@kb.hamburg.de